

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

04.11.2017 /19.20-19.50 Uhr
05.11.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Kurdenkonflikt im Nordirak – Peschmerga-Unterstützung auf dem Prüfstand?
- US-Atomwaffen in Deutschland – Streitfall für eine Jamaika-Koalition?
- Neue Einsatzregeln für das US-Militär – Schritt zur Eskalation des Afghanistan-Konfliktes?
- IT-Dienstleister für Streitkräfte – Cyber-Söldner von morgen?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- US-Atomwaffen in Deutschland - Streitfall für eine Jamaika-Koalition?
- Neue Einsatzregeln für das US-Militär - Schritt zur Eskalation des Afghanistan-Konfliktes? Und:
- IT-Dienstleister für Streitkräfte - Cyber-Söldner von morgen?

Zunächst jedoch zum Kurdenkonflikt im Nordirak. Seit dem Unabhängigkeitsreferendum haben sich die Spannungen zwischen der kurdischen Regionalregierung und der Zentralregierung in Bagdad verschärft. Drei Jahre haben Peschmerga-Kämpfer die Millionenmetropole Kirkuk kontrolliert. Als jetzt irakische Truppen auf die Stadt vorrückten, haben sich die Peschmerga zwar zurückgezogen. Dennoch kam es zwischen den Konfliktparteien zu Gefechten. Sind dabei auch deutsche Waffen eingesetzt worden? Der Sprecher des Verteidigungsministeriums Jens Flosdorff in der vergangenen Woche:

O-Ton Flosdorff

„Wir haben keine Anzeichen dafür, dass dort zum Beispiel, wie in Medien berichtet, Panzerabwehrraketen vom Typ MILAN zum Einsatz gekommen sind. Es ist möglich, dass sich dort Kräfte vonseiten der Peschmerga aufgehalten haben, die über deutsche Gewehre verfügten. Ich verweise aber auch darauf, dass es im Raum Kirkuk durchaus noch die Präsenz von IS-Kräften gibt.“

Die Bundeswehr hat seit 2014 die Peschmerga für ihren Kampf gegen die Terrororganisation Islamischer Staat massiv aufgerüstet. Geliefert wurden u.a. mehr als 25.000 Sturmgewehre, hunderte von MILAN-Panzerabwehrraketen und mehrere Millionen Schuss Munition - Waffen und Ausrüstung im Wert von rund 90 Millionen Euro. Es heißt, die Peschmerga hätten sich verpflichtet, die Waffen nur gegen den IS einzusetzen. Vermutlich eine etwas naive Annahme. Der außenpolitische Sprecher der Grünen, Omid Nouripour in der ARD:

O-Ton Nouripour

„Es ist tatsächlich denkbar, dass die deutschen Waffen, die an die Peschmerga gegangen sind, jetzt nicht nur gegen ISIS verwendet werden, sondern auch gegen Bagdad und auch im innerkurdischen Konflikt.“

Hinzu kommt, dass die Peschmerga im nordirakischen Erbil von 140 Bundeswehr-Soldaten ausgebildet werden. Ginge es nach den Grünen, muss diese Mission beendet werden:

O-Ton Nouripour

„Die Sinnhaftigkeit des Einsatzes im Nordirak steht absolut in Frage - und zwar nicht nur militärisch, sondern auch politisch. Aber auch rechtlich, weil die völkerrechtliche Verfasstheit des Nordiraks zurzeit auf dem Spiel steht. Deshalb wäre ein Abzug der Bundeswehr richtig.“

Auch Unionspolitiker fordern inzwischen eine Neubewertung des Einsatzes. Das Bundeskabinett hat die Ausbildungsmission jedoch erst einmal für drei Monate verlängert. Das letzte Wort wird allerdings schon demnächst der neue Bundestag haben. Von der Bundeswehr gelieferte Waffen destabilisieren den ohnehin fragilen Irak - eine besorgniserregende Vorstellung.

Zu unserem nächsten Thema.

Nach der Bundestagswahl ist die Regierungsbildung diesmal besonders schwierig. Ob sich Unionsparteien, FDP und die Grünen auf eine Jamaika-Koalition einigen werden, ist noch völlig offen. Die Interessen und politischen Vorstellungen sind sehr unterschiedlich - auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. So fordern die Grünen den Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Deutschland, wie einst die FDP unter Guido Westerwelle. Dabei geht es auch um die Zukunft der sogenannten nuklearen Teilhabe. Was es damit auf sich hat, weiß Christian Thiels - und er blickt erst einmal zurück:

Manuskript Christian Thiels

O-Ton Bundeswehr-Schulungsfilm zu Atomwaffen

„Diese Atomgranate hatte eine Wirkung von 15.000 Tonnen Dynamit. Die Zerstörungskraft dieser einen einzigen Granate hier entspricht der Wirkung eines Bomberstroms von 5.000 Fliegenden Festungen des letzten Krieges. Und als teuflische Nachwirkung im Umkreis um den Granattrichter kilometerweit radioaktive Verseuchung.“

Nein, wirklich geheuer waren Atomwaffen der jungen Bundeswehr in ihren Gründungsjahren eher nicht, wie die Tonlage dieses Schulungsfilms zeigt. Doch hinter den Kulissen bemühte sich Kanzler Adenauer nach Kräften um eine atomare Bewaffnung der westdeutschen Streitkräfte. Die Alliierten ließen ihn abblitzen. Am Ende stand einerseits Deutschlands Verpflichtung, niemals selbst Atomwaffen zu besitzen oder einzusetzen, aber andererseits auch die sogenannte nukleare Teilhabe. Die legt fest, dass nukleare Sprengköpfe selbst immer unter Kontrolle der USA bleiben. Die Bundeswehr stellt aber die Systeme zur Verfügung, mit denen solche Atomwaffen ins Ziel gebracht werden können, also Raketen, Artilleriegeschütze oder Flugzeuge.

Atmo Tornadostart Büchel

Fliegerhorst Büchel in der Eifel. Wenn hier deutsche Tornado-Jagdbomber starten, dann üben sie auch immer wieder den Abwurf von Atombomben - amerikanischen wohlgemerkt. Die USA haben geschätzt 20 Nuklearwaffen hier unweit des beschaulichen Touristenortes Cochem an der Mosel gelagert. Außenminister Gabriel bestätigte das unlängst in einem Interview.

O-Ton Gabriel

„Es gibt in Deutschland Atomwaffen unter amerikanischer Kontrolle. Das ist auch kein Geheimnis.“

Trotzdem gibt sich die Bundesregierung bei dem Thema seit Jahren grundsätzlich sehr schmallippig. Vielleicht, weil die nukleare Teilhabe nicht unproblematisch ist. Mancher Kritiker glaubt, Deutschland unterlaufe damit seine Selbstverpflichtung, für immer auf Atomwaffen zu verzichten. Denn im Ernstfall würden deutsche Piloten mit ihren deutschen Jets Atombomben über dem Gegner abwerfen - auch wenn es amerikanische Bomben sind und auch nur dann, wenn es ein US-Präsident ausdrücklich befiehlt. Deutschland hat nur sehr überschaubaren Einfluss darauf, ob solche Einsätze freigegeben werden oder nicht.

Trotzdem stehen und standen alle Regierungschefs in Bonn und Berlin bislang zur nuklearen Teilhabe. Sie ist Teil der Abschreckungspolitik der NATO, an der sich auf diese Weise neben Deutschland auch die Niederlande, Belgien, Italien und die Türkei beteiligen - Staaten, die selbst keine Atomwaffen besitzen, aber - wie Deutschland - Trägersysteme zur Verfügung stellen.

Dieses Prinzip wurde von der Großen Koalition 2016 im Weißbuch zur Sicherheitspolitik noch einmal deutlich unterstrichen. Dort heißt es:

Zitat Weißbuch 2016

„Die NATO ist weiterhin ein nukleares Bündnis. Deutschland bleibt über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden.“

Doch im Wahlkampf bröckelte der Konsens zwischen Union und SPD in dieser Frage. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz entdeckte das Thema US-Atomwaffen auf deutschem Boden kurz vor der Bundestagswahl noch für sich.

O-Ton Schulz

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass in Deutschland gelagerte Atomwaffen aus unserem Lande abgezogen werden.“

Die gleiche Forderung hatte allerdings acht Jahre vor Schulz auch schon der damalige Außenminister und FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle aufgestellt. 2009 bemühte er sich massiv um den Abzug der US-Nuklearwaffen.

O-Ton Westerwelle

„Wir wollen in der Bundesregierung dafür sorgen, dass Deutschland in den nächsten vier Jahren atomwaffenfrei wird.“

Doch die Kanzlerin sah das anders und ließ den US-Bündnispartner in vertraulichen Gesprächen signalisieren, es werde sich an der nuklearen Teilhabe nichts ändern. So nachzulesen in den vertraulichen Kabelberichten der US-Botschaft in Berlin an das Außenministerium in Washington - veröffentlicht von der Enthüllungsplattform Wikileaks. Und auch in offiziellen Statements hat sich Angela Merkel inzwischen klar positioniert.

O-Ton Merkel

„Meine Haltung im Koalitionsvertrag 2009 war immer schon so, dass wir aufpassen müssen, was an Folgewirkungen ist. Wir müssen gucken, wenn an anderer Stelle dann Atomwaffen stationiert werden und in Deutschland keine mehr sind, muss man sich fragen, ist dann eigentlich der Balance und der Sicherheit mehr gedient?“

Doch die Fragen der amerikanischen Bomben und der nuklearen Teilhabe dürften bei den Verhandlungen über eine Koalition von Merkels Union mit FDP und Grünen wieder auf die Tagesordnung kommen. Allerdings kann die Kanzlerin dabei inzwischen auf Unterstützung der Liberalen hoffen. Die Partei hat sich von der Forderung ihres verstorbenen Vorsitzenden distanziert. Der aktuelle FDP-Chef Christian Lindner will von einem Abzug der US-Atomwaffen, wie ihn Martin Schulz fordert, jedenfalls nichts mehr wissen.

O-Ton Lindner

„Vor acht Jahren, da waren wir für den Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland, aber inzwischen hat gegen alle Verträge Putin neue atomar bestückte Marschflugkörper nachgerüstet. Dann kann man heute nicht, wie Martin Schulz das gesagt hat, einfach über den Abzug sprechen.“

Bleiben noch die Grünen. Für sie ist atomare Abrüstung seit ihrer Gründung Teil des politischen Selbstverständnisses - schon wegen der Wurzeln der Par-

tei in der Friedensbewegung. Wenig verwunderlich also, dass ihr außenpolitischer Sprecher Omid Nouripour der Haltung des FDP-Chefs widerspricht.

O-Ton Nouripour

„Das Argument von Christian Lindner ist uralt und bezieht sich auf ein sogenanntes verändertes Sicherheitsumfeld, aber das wird grundsätzlich immer angeführt, verkennt aber den Kern des Gedankens, der stets bleibt und der auch gerade Russland gegenüber bleibt. Es ist richtig, dass Russlands Verhalten hochaggressiv ist und völkerrechtswidrig, gerade in der Ukraine. Aber es ist weiterhin so, dass, wenn wir deeskalieren wollen, wir Vertrauensvorschuss brauchen bei diesem weltbewegenden Thema Nuklear, bleibt das auch so.“

Rein militärisch dürfte die Abschreckungsfähigkeit der NATO nicht von 20 US-Atombomben in Deutschland abhängen, es geht vor allem um ein politisches Signal. Nicht nur gegenüber Russland, sondern auch gegenüber der eigenen Wählerschaft. Für Nouripour sind bei der Frage der nuklearen Teilhabe deshalb Zugeständnisse der Grünen in einer Jamaika-Koalition nur schwer vorstellbar. Er will aber auch die FDP mit in die Verantwortung nehmen.

O-Ton Nouripour

„Das ist für uns ein sehr wichtiger Punkt. Wir werden das auch mit großer Kraft voranbringen und ich erwarte, dass wir in der FDP einen Partner haben. Die FDP hat ja dasselbe Thema 2009 auch in die Koalitionsverhandlungen hineingebracht und ist mit einem Prüfauftrag rausgekommen, der aber nicht wirklich umgesetzt wurde und jetzt können wir zusammen darauf dringen, dass es passiert.“

Selbst wenn die Grünen der FDP ein Entgegenkommen abringen sollten - in der Union, und dort vor allem in der CSU, befürchtet man, dass die Konsequenzen einer deutschen Abkehr von der nuklearen Teilhabe zu gravierend wären. Man verliere Einfluss im Bündnis. Und nicht nur das, sagt der Verteidigungspolitiker der Christsozialen Florian Hahn.

O-Ton Hahn

„Ich glaube, dass ein Ausstieg Deutschlands einen großen Vertrauensverlust bei unseren europäischen, vor allem auch Partnern zur Folge hätte. Das würde sehr schwer wiegen und würde insgesamt auch das Bündnis schwächen.“

Omid Nouripour von den Grünen will das so nicht stehen lassen. Er verweist auf einen Präzedenzfall.

O-Ton Nouripour

„Es gibt auch andere Länder, die aus der nuklearen Teilhabe ausgestiegen sind, wie Kanada. Und niemand kommt auf die Idee, dass die nicht ein verlässlicher Partner wären. Und deshalb glaube ich, dass dieses Argument nicht zieht.“

Dass die Debatte um die nukleare Teilhabe Konfliktstoff für die möglichen Jamaika-Koalitionäre birgt, steht wohl außer Frage. Doch unklar ist, wie groß der Streit darum werden kann und mit welchen Folgen. Noch einmal Florian Hahn von der CSU

O-Ton Hahn

„Ich glaube, dass die nukleare Teilhabe ein wichtiges Element unserer Sicherheitsarchitektur ist im Bündnis mit unseren Bündnispartnern in der NATO und man das deswegen nicht leichtfertig aufs Spiel setzen kann. Ich kann mir am Ende des Tages nicht vorstellen, dass wir an dieser Frage tatsächlich eine Koalition scheitern lassen würden.“

Denn allen Beteiligten dürfte klar sein, was ein Scheitern bedeutet: Neuwahlen. Und die will aktuell wohl keine der beteiligten Parteien und nicht mal die Opposition.

* * *

Flocken

Christian Thiels über die nukleare Teilhabe. Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte. Dort finden sie auch das Interview mit dem Grünen-Abgeordneten Omid Nouripour.

In der kommenden Woche treffen sich in Brüssel die NATO-Verteidigungsminister. Ganz oben auf der Tagesordnung wird Afghanistan stehen. Denn am Hindukusch verschlechtert sich zusehends die Sicherheitslage. Als Reaktion setzen die USA inzwischen wieder auf mehr Soldaten und geänderte militärische Einsatzregeln. Doch kann man dadurch die Aufständischen zurückdrängen? Jerry Sommer berichtet:

Manuskript Jerry Sommer

Im August kündigte US-Präsident Trump in einer Rede seine Afghanistan-Strategie an.

O-Ton Trump

„Our troops will fight to win. We will fight to win.“

Das Ziel, Sieg, soll vor allem mit militärischen Mitteln erreicht werden. Die in Afghanistan stationierten 11.000 US-Soldaten werden durch weitere 3.500 Soldaten verstärkt. Außerdem sind inzwischen einige Einsatzregeln für Militäroperationen am Hindukusch geändert worden. So können jetzt die US-Luftstreitkräfte wesentlich flexibler als bisher eingesetzt werden. Pentagonchef Mattis Anfang Oktober bei einer Anhörung im US-Senat :

O-Ton Mattis (overvoice)

„Es gab zum Beispiel die Anforderung, dass der Feind in einer bestimmten Entfernung zu den afghanischen oder den von den USA beratenen Spezialeinheiten sein muss. Solche Beschränkungen sind aufgehoben worden. Nun kann unsere Luftwaffe uneingeschränkt eingesetzt werden.“

Außerdem ist es jetzt nicht mehr notwendig, dass afghanische oder US-Soldaten unmittelbar in Kämpfe verwickelt sein müssen, um Luftunterstützung durch US-Kampfflugzeuge anzufordern. Trainingslager oder Gebäude, in denen Terroristen oder Aufständische vermutet werden, können nun aus der Luft angegriffen werden – auch ohne Kampfhandlungen am Boden. Zudem sollen US-Soldaten afghanische Kommandeure nicht mehr wie bisher nur auf höherer Ebene beraten – US-Berater werden künftig militärische Führer bis hinunter auf Bataillonsebene in den Einsatz begleiten und bei Gefechten dabei sein. Der frühere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses Harald Kujat über die Auswirkungen:

O-Ton Kujat

„Damit kann auch die Luftunterstützung deutlich verbessert werden. Es ist also jemand vor Ort, der den Lufteinsatz gezielt auf den Gegner lenken kann. Das macht die ganze Sache militärisch wesentlich effektiver.“

Die neuen Einsatzregeln für Afghanistan sollen laut einem Bericht der „New York Times“ denen entsprechen, die das US-Militär schon im Irak und in Syrien

im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ angewendet hat. Die US-Administration glaubt, auf diese Weise auch in Afghanistan das Vorrücken der aufständischen Taliban stoppen zu können nach der drastischen Reduzierung der US- und der NATO-Kampftruppen vor einigen Jahren. Denn die afghanischen Streitkräfte sind trotz einer Stärke von 350.000 Soldaten hierzu allein nicht in der Lage. Die Aufständischen kontrollieren inzwischen etwa 30 Prozent der Fläche Afghanistans. Und immer wieder gelangen den Taliban Angriffe auf regionale Zentren des Landes.

Die angekündigte Afghanistan-Strategie der Trump-Regierung bedeutet, dass es vorerst keinen Abzug von US- und NATO-Truppen geben wird. Die veränderten militärischen Einsatzregeln würden stabilisierend wirken, meint Courtney Cooper vom Washingtoner Thinktank „Council on Foreign Relations“. Unter Obama leitete sie die Afghanistan-Abteilung im Nationalen Sicherheitsrat des US-Präsidenten:

O-Ton Cooper (overvoice)

„Sicher könnte so auch der Vormarsch der Taliban in ländlichen Gebieten vermindert werden. Und auch die Moral der afghanischen Streitkräfte würde steigen. Das könnte die Pattsituation beeinflussen.“

In den ersten neun Monaten der Amtszeit von Präsident Donald Trump sind in Afghanistan 3.200 US-Bomben abgeworfen worden – dreimal so viel wie 2016. Kate Clark von der Nichtregierungsorganisation „Afghanistan Analysts Network“:

O-Ton Clark (overvoice)

„Schon von US-Präsident Obama wurden die Beschränkungen für Luftangriffe gelockert. Auch nachdem er den Kampfeinsatz in Afghanistan für beendet erklärt hatte, haben die Luftangriffe nie aufgehört. Im vergangenen Jahr stieg ihre Zahl wieder an. Und jetzt gibt es so viele Luftangriffe wie 2012, als 100 000 US-Truppen im Land stationiert waren.“

Mehr US-Bomben, so die Afghanistan-Expertin Kate Clark, müssten nicht unbedingt zu mehr zivilen Opfern im Afghanistan-Krieg führen. Denn durch dieses Vorgehen könnten zum Beispiel Taliban-Angriffe auf Bevölkerungszentren eingedämmt oder sogar verhindert werden, bei denen viele Zivilisten sterben würden. Trotzdem: Die Zahl der zivilen Opfer durch US-Luftangriffe dürfte weiter

steigen. Sie ist bereits jetzt angestiegen. Das belegen die Zahlen der UN-Mission für Afghanistan UNAMA. Demnach sind in den ersten neun Monate dieses Jahres durch US-Luftschläge etwa 190 Zivilisten getötet oder verletzt worden – mehr als doppelt so viel wie im Vorjahreszeitraum.

Menschenrechtsorganisationen haben immer wieder kritisiert, dass bei US-Luftangriffen nicht immer das humanitäre Völkerrecht eingehalten und Zivilisten unnötig gefährdet werden. Daphne Eviatar von „Amnesty International“ wendet sich gegen die neuen militärischen Einsatzregeln für die US-Streitkräfte:

O-Ton Eviatar (overvoice)

„Die Meldungen über eine Lockerung der Regeln machen uns Sorgen. Die vorherige US-Regierung hat immerhin ein wenig versucht, zivile Opfer zu vermeiden. Aber wenn deren Einschränkungen jetzt aufgehoben werden, dann wird das sehr wahrscheinlich auch die Anzahl von getöteten Zivilisten erhöhen.“

Mehr US-Truppen und mehr zivile Opfer – das wird auch negative politische Auswirkungen haben, vermutet der Konfliktforscher Jochen Hippler vom „Institut für Entwicklung und Frieden“ in Duisburg:

O-Ton Hippler

„Wir haben jetzt einen politischen Erosionsprozess im politischen System in Kabul. Die Regierung ist gelähmt, die Glaubwürdigkeit des Staates ist gesunken und nicht gestiegen. Und jetzt Ausländer wieder stärker einzubeziehen, wird militärisch zwar gewisse kleinere Vorteile bringen, aber sie werden ziemlich sicher aufgehoben von den größeren strategischen Nachteilen. Diese liegen darin, dass so die Auffassung von Teilen der Bevölkerung nochmal unterstrichen wird, dass diese Regierung in Kabul eigentlich nur am äußeren Tropf hängt und im Land selber nicht legitim und lebensfähig ist.“

Ohnehin empfinden wachsende Teile der afghanischen Bevölkerung die Taliban zunehmend als „kleineres Übel“ gegenüber der korrupten und inkompetenten afghanischen Regierung, sagt Jochen Hippler. - Der ehemalige afghanische Präsident Karzai hat die neue Afghanistan-Strategie Trumps ebenfalls scharf kritisiert - Zitat:

Zitat

„Sie bedeutet für uns mehr Krieg, mehr Zerstörung, mehr Todesopfer.“

Wenn die Opferzahlen aufgrund von US-Luftangriffen weiter ansteigen, könnte die gegenwärtige Regierung in Kabul noch mehr an Unterstützung verlieren, meint die Afghanistan-Expertin Kate Clark vom „Afghanistan Analysts Network“:

O-Ton Clark (overvoice)

„Wenn Ausländer Afghanen töten, ist das ein empfindliches Thema in Afghanistan. Und es könnte von Karzai genutzt werden, Menschen zu mobilisieren, mit dem Ziel, wieder an die Macht zu kommen.“

Der Befehlshaber der NATO- und der US-Truppen in Afghanistan, General Nicholson, erklärte kürzlich, durch die nun möglichen vermehrten Luftschläge sei – so wörtlich - „der Anfang vom Ende der Taliban eingeläutet“. Doch die meisten Experten halten diese Einschätzung für falsch – auch Courtney Cooper, die ehemalige Afghanistan-Expertin im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses. Eine militärische Lösung werde es in Afghanistan nicht geben, weil die Taliban militärisch und politisch zu stark seien. Nur eine politische Übereinkunft mit den Taliban werde Frieden ermöglichen. Der Einsatz weiterer militärischer Mittel könnte allerdings helfen, eine politische Lösung zu erreichen, glaubt Courtney Cooper:

O-Ton Cooper (overvoice)

„Auch höchste Vertreter der US-Regierung haben erklärt, dass die zusätzlichen militärischen Maßnahmen das Ziel haben, die eigenen Ausgangspositionen bei Verhandlungen zu verbessern und die Taliban zu überzeugen, Gespräche zu beginnen.“

Einen ersthaften Verhandlungswillen kann Afghanistan-Kenner Jochen Hippler allerdings bei Donald Trump genauso wenig erkennen wie bei den vorherigen US-Regierungen:

O-Ton Hippler

„Die Verhandlungslösung zu fordern und gleichzeitig Voraussetzungen zu verlangen, von denen jeder weiß, dass sie unrealistisch waren, war ja immer ein potemkinsches Dorf. Zum Beispiel zu sagen: Wir sind für eine Verhandlungslösung mit den Taliban, aber die müssen zuerst ihre Waffen niederlegen, und sie müssen den Verfassungsrahmen unserer Verfassung anerkennen. Wenn das die Voraussetzungen für eine Verhandlungslösung sind, dann gibt es keine Verhandlungslösung, weil sie eben vom Gegner zuerst einmal die politische und militärische Kapitulation verlangt.“

Die neuen militärischen Einsatzregeln der USA für Afghanistan werden bestenfalls den weiteren Vormarsch der Taliban zunächst einmal aufhalten. Schlimmstenfalls werden die sogenannten Rules of Engagement zu einer Zunahme ziviler Opfer führen und damit die Erosion der gegenwärtigen afghanischen Regierung weiter beschleunigen. Um einer politischen Lösung des Konflikts näherzukommen, wäre es aber entscheidend, dass die USA und die afghanische Regierung realistische Verhandlungsangebote gegenüber den Taliban auf den Tisch legen. Das dürfte erheblich wichtiger sein, als die Anzahl der Luftangriffe noch weiter zu erhöhen.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Ohne Computer und Internet geht praktisch nichts mehr. Das gilt auch für die Streitkräfte. Doch vor allem dem Militär mangelt es an geeigneten Fachkräften - trotz intensiver Bemühungen. Die Bundeswehr kann davon ein Lied singen. Streitkräfte setzen daher zwangsläufig immer stärker auf zivile Unternehmen und externe Computerexperten. Sind diese IT-Dienstleister für die Streitkräfte die Cyber-Söldner von morgen? Dirk Eckert ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Dirk Eckert

Die Digitalisierung hat längst nicht nur in Ministerien und Verwaltungsbüros Einzug gehalten. Auch Militärs nutzen moderne Computertechnik. Sie begeben sich damit aber auf ein Gebiet, in dem private Unternehmen führend sind. Mit weltbekannten Internetgiganten können Streitkräfte aber genau so wenig mithalten wie mit kleinen, aber erfolgreichen Start-Ups – weder technisch, noch bei der Bezahlung ihrer Mitarbeiter. Von daher hätten Streitkräfte heute gar keine andere Wahl, als auf externe Dienstleister zurückzugreifen, sagt Sandro Gayken, Direktor des Digital Society Institute Berlin:

O-Ton Gayken

„Die Militärs möchten das schon selber können, aber man ist halt viel auf extern entwickelte Technologie angewiesen, die dann auch meist von den Experten betrieben und gewartet werden muss, die das in vielen Fällen entwickelt haben. Ansonsten ist es natürlich so, wenn man selber solche Dinge entwickeln will, kann man aber nur auf diese behördlichen Gehaltsstrukturen zurückgreifen. Und in Konkurrenz mit der Wirtschaft ist es dann auch sehr schwierig, die nötige Expertise in der nötigen Menge über einen längeren Zeitraum zu binden, um solche Projekte auch selber durchführen zu können.“

So arbeiten Cyber-Unternehmen weltweit heute auch für Militärs. Das betrifft zunächst mal die IT-Sicherheit: Auch Militärcomputer müssen vor Hackern geschützt werden. Doch dabei dürfte es nicht bleiben: Längst planen Militärs den Krieg im Netz, zu dem neben Verteidigung auch Angriff gehört. So heißt es zum Beispiel im 2016 erschienenen Weißbuch der Bundesregierung:

Zitat

„Die Verteidigung gegen derartige Angriffe bedarf auch entsprechender defensiver und offensiver Hochwertfähigkeiten, die es kontinuierlich zu beüben und weiterzuentwickeln gilt.“

Die Bundeswehr baut deshalb eigene Cyber-Fähigkeiten auf. Seit dem 1. April gibt es das Kommando Cyber- und Informationsraum - als gleichberechtigten militärischen Organisationsbereich neben Heer, Marine und Luftwaffe, Sanitätsdienst und Streitkräftebasis. 14.000 Soldaten sind dem neuen Kommando unterstellt. Die Bundeswehr müsse „zur erfolgreichen Operationsführung im gesamten Informationsraum“ befähigt werden, schrieb Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen am 17. September 2015 in einem Tagesbefehl, mit dem sie den Startschuss für das Cyberkommando gab.

Dafür geeignete Soldaten zu finden, ist allerdings nicht ganz so einfach. Die Bundeswehr warb deshalb bundesweit auf Plakatwänden: „Deutschlands Sicherheit wird auch im Cyberraum verteidigt. Mach, was wirklich zählt“, war dort zu lesen. Das schien zu funktionieren. 2016 stieg die Zahl der Bewerber, die IT-Zeitsoldaten werden wollten, laut Bundeswehr um 20 Prozent. Trotzdem soll auch eine sogenannte Cyber-Reserve aus ungedienten Freiwilligen mit Dienst-, Honorar- oder Werkvertrag aufgestellt werden. Diese Truppe soll dann zum Beispiel als sogenannte „Ethical Hacker“ bei Übungen Angriffe simulieren.

Doch diese Art der Kriegsführung teilweise out zu sourcen, wirft auch Probleme auf. In sensiblen Bereichen brauche es „eine feste Bindung zur Bundeswehr“, kritisierte etwa der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels. Nicht nur Geheimhaltung ist ein Problem. Die Frage ist auch, wie weit private IT-Fachkräfte in die digitale Kriegsführung eingebunden werden dürfen. Im Extremfall könnten zivile Zuarbeiter selbst zu Kombattanten und damit zu legitimen Kriegszielen werden, gibt Marcel Dickow von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zu Bedenken:

O-Ton Dickow

„Im Grunde genommen erfüllt ja auch ein staatlicher Hacker hoheitliche Aufgaben. Hoheitliche Aufgaben an private Unternehmen oder Privatpersonen zu delegieren, ist immer schwierig. Genau deswegen hat der Staat ja Angestellte und Beamte, weil die eben in einem besonderen Pflichtverhältnis zum Staat gebunden sind, dafür auch entsprechend entlohnt werden. Und das ist eben bei einem privaten Dienstleister nicht der Fall.“

Was bei privaten Dienstleistern passieren kann, zeigt der Fall Edward Snowden: Der berühmte Whistleblower arbeitete für die Firma Booz Allen Hamilton, die ihn als System-Administrator zur Nationalen Sicherheitsbehörde NSA schickte, dem größten Auslandsgeheimdienst der USA. Dort hatte er Zugriff auf streng geheime Informationen, wonach die USA das Internet systematisch überwachen. Der Rest ist bekannt: Snowden machte die Geheimprogramme öffentlich und floh nach Russland. Der Fall Snowden zeigt ein grundsätzliches Problem. Marcel Dickow:

O-Ton Dickow

„Wie geht man damit um, dass diese Menschen dann nach einer Anmietung ein spezielles Wissen erworben haben, möglicherweise nicht nur über den Feind, sondern über eigene Strukturen, wie kann man die zu weiterer Loyalität verpflichten? All das ist nicht einfach. Geld ist da sicherlich auch nicht das Allheilmittel. Also diese Menschen nur einfach besonders gut zu bezahlen und dann darauf zu hoffen, dass sie ihr Wissen nicht weitergeben, ist natürlich ein bisschen naiv.“

Auf den Einsatz externer Mitarbeiter wird jedoch auch nach dem Fall Snowden nicht verzichtet. Geheimdienste und Militärs hätten schlicht keine andere Wahl, sagt Sandro Gayken. Genau so, wie die Luftwaffe den Eurofighter nicht selbst

baut, müsste eben auch bei der IT angekauft werden. Allerdings seien die Sicherheitsvorkehrungen deutlich verschärft worden.

Mehr Kontrollen sind aber nicht nur nötig, um Geheimnisse zu schützen. Auch die Weitergabe von Technologien und Fähigkeiten könnte zum Problem werden, sollten private Akteure eines Tages als Cyber-Söldner oder digitale Piraten im Dienste ihrer Majestät unterwegs sein, wie seinerzeit der Freibeuter Francis Drake. Einen möglichen Ansatz zur Regulierung sieht Marcel Dickow in den bisherigen Regeln für Dual-Use-Güter, die man auf Hard- und Software-Technologie ausdehnen könnte.

O-Ton Dickow

„Die Europäische Union hat diese Dual-Use-Richtlinie auch gerade überarbeitet und legt in dieser Überarbeitung einen stärkeren Wert darauf, dass solche Software eben kontrolliert und reguliert werden muss. Aber es gibt eben keinerlei Regulierung, wie sie dann eingesetzt wird.“

Offen ist zudem, wie man mit der zunehmenden Zahl von zivilen Cyber-Experten umgeht, die im Auftrag der Streitkräfte tätig sind. Immerhin: Das EU-Parlament hat am 4. Juli in einer Resolution festgestellt, dass Private Militärdienstleister auch in der Cyber-Abwehr künftig eine größere Rolle spielen könnten. Von der EU-Kommission fordert das Parlament deshalb, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, um den Export von militärischen und sicherheitstechnischen Dienstleistungen zu kontrollieren. Etwaige Genehmigungen müssten auch im jährlichen Rüstungsexportbericht aufgeführt werden, fordern die Europa-Parlamentarier. Sandro Gayken sieht hingegen bislang wenig konkrete Ansatzpunkte, wie der Gesetzgeber mit der neuen Entwicklung mithalten könnte:

O-Ton Gayken

„Dass sich das alle wünschen, dass man das irgendwie regulieren kann, das ist klar, das machen die auch schon seit Jahren. Aber dass mal jemand eine konkrete Idee hätte, wie das gehen sollte, vor allem auch in Ermangelung eines konkreten Problems im Moment an dieser Stelle, da haben wir noch nicht viel Substanz.“

Aber das kann sich ja noch ändern. Vielleicht wachsen Söldner-Firmen und IT-Dienstleister ja eines Tages zusammen. Doch so weit ist es noch nicht.

* * *

Flocken

Soweit Dirk Eckert.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch den Newsletter unserer Reihe abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.